

Ercheint täglich
zusammen mit Anzeigen
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 3.00 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.65 Mk. exkl. Verfrachtg.

Die neue Welt
(Unterhaltungsbeilage)
durch die Post nicht bezie-
bar, kostet monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Stelldruck Nr. 1047.
Kategorie-Adresse:
Postkabinett Halle/Saale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr
betragt für die gewöhnliche
Zeile oder deren Raum
50 Pfg. für den ersten Tag.
Für den zweiten Tag 40 Pfg.
Für den dritten Tag 30 Pfg.
Für den vierten Tag 20 Pfg.
Für den fünften Tag 10 Pfg.
Für den sechsten Tag 5 Pfg.
Für den siebten Tag 2 Pfg.
Für den achten Tag 1 Pfg.
Für den neunten Tag 1 Pfg.
Für den zehnten Tag 1 Pfg.
Für den elften Tag 1 Pfg.
Für den zwölften Tag 1 Pfg.
Für den dreizehnten Tag 1 Pfg.
Für den vierzehnten Tag 1 Pfg.
Für den fünfzehnten Tag 1 Pfg.
Für den sechzehnten Tag 1 Pfg.
Für den siebenzehnten Tag 1 Pfg.
Für den achtzehnten Tag 1 Pfg.
Für den neunzehnten Tag 1 Pfg.
Für den zwanzigsten Tag 1 Pfg.

Interesse
Für die fällige Summe
müssen spätestens die vor-
mittags halb 10 Uhr in der
Expeditiön angesetzt
sein.

Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfelsa-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
Expedition: Harz 42/43. und die Mansfelder Kreise. Redaktion: Harz 42/43.

Parteigenossen!

Von den verschiedensten Seiten wird uns berichtet, daß die Gegner für den 25. Januar den Schleppdienst in der umfangreichsten Weise organisieren und damit hoffen, uns eine Anzahl Wahlkreise zu entreißen. Auch ein Teil der Behörden scheint hinter dieser Maßnahme zu stehen. Wir machen euch auf dieses Vorgehen aufmerksam und fordern euch auf, die entsprechenden Gegenmaßnahmen unverzüglich zu treffen, mehr noch als früher. Verlangt Abschrift der Wahllisten, soweit es noch nicht geschehen ist — auf die Kosten darf es nicht ankommen — und organisiert die Heranzholung der Gleichgültigen und Säumnigen. Nur keine Einlassung, als hätten wir den Sieg in der Tasche. Auch in den sichersten Wahlkreisen müssen wir so kämpfen, als hätten wir dieselben erst zu erobern. Vor allen Dingen müssen wir eine große Stimmenzahl auf unsere Kandidaten vereinigen.

Wer von euch am Wahltag die Arbeit niederlegen kann, der tue es und stelle sich rechtzeitig dem Wahlkomitee für die Arbeit am Wahltag zur Verfügung. Aber am Mittag des Wahltags verläßt die Werkstätten, die Fabriken, die Bauten und alle Orte, wo ihr tätig seid, und marschiert in Massen an die Wahlurnen. Verdrängt euch darüber mit den Unternehmern.

Stellt euch alleamt von der Mittagsstunde ab den Wahlkomitees für die Wahlarbeit zur Verfügung. Der 25. Januar muß ein Wahltag werden, wie das Reich noch keinen hatte. Die Gegner setzen alles daran, um unsere Erfolge zu verkleinern.

Vertreter der Aristokratie und Bankokratie erlassen Aufrufe zu Geldsammlungen, um uns, die verhaßte Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Die Großindustriellen verpflichten sich, nach der Kapazität der bei ihnen beschäftigten Arbeiter an die Wahlkreise Gelder abzuliefern. Die Fürstbischöfe und Bischöfe zwingen sie zur Opferwilligkeit.

Der Direktor des Kolonialamts, Herr Dernburg, trägt das Sturmfähnlein voran und hält eine Agitationsrede nach der andern, in denen er Phantasiegemälde von den angeblichen Möglichkeiten in den deutschen Kolonien entwirft, daß allen Sachkennern die Haare zu Berge stehen. Seine Reden lesen sich wie Prospekte, die Leichtgläubige zu gewagten Gründungen herantreiben sollen.

Parteigenossen! Als Herr Dernburg noch Direktor der Darmstädter Bank und Direktions- und Aufsichtsratsmitglied in zahlreichen andern Bank- und Industrieunternehmungen war, waren die deutschen Kolonien ihm Hehuda. Damals hat er sich nicht um sie bekümmert und er hat wohl keine einzige der von ihm und seinen Freunden kommandierten Millionen für die Kolonien riskiert.

Seitdem er aber Kolonialdirektor geworden ist, ist die Erleuchtung über ihn gekommen. Bei ihm heißt es nicht nur: wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, sondern dem gibt er auch die nötige Phantasie, um selbst die Märchen aus Tausend und einer Nacht zu übertrumpfen.

Als das jüdische Volk, wie die Sage erzählt, Ägypten verließ und in der Wüste wanderte und Gefahr lief, zu verdursten, schlug Moses an einen Felsen, woraus eine Quelle sprang und Menschen und Vieh rettete. Das war ein Wunder. Als die Deutschen nach Südwest-Afrika zogen, um zu kolonisieren, entdeckten sie, daß es keinen Baum dort gab, dessen Blätter ihnen Schatten spendeten und dessen Früchte sie hat des fehlenden Wassers labten. Und siehe da, es wollte der Zufall, daß ein Afrikaner verdorrte Datteln verloren ging und, was niemand geacht und für möglich gehalten, geschah: in der dünnen Steppe Südwest-Afrikas schossen drei Meter hohe Dattelpalmen auf und trugen sogar an, Früchte zu tragen. Das ist ein Wunder. So haben wir nach Herrn Dernburg alle Aussicht, in Südwest-Afrika unter Dattelpalmen zu wohnen.

Und deutsche Professoren, die sich mit Vorliebe die geistige Leibgarde der Hohenzollern nennen, verneinen diese Mär und brechen in ein Jubelgeschrei aus, wie man es nie von ihnen gehört. Das ist für den, der die deutschen Professoren kennt, kein Wunder!

Diese selbstigen Professoren aber schwiegen, als im letzten Frühjahr das preussische Dreiklassenparlament und zwar Nationalliberale und Konservative im hohlen Verein mit dem jetzt von ihnen so wärend bekämpften Zentrum, dem preussischen Volke die Schmach antat, dem Schulgesetzentwurf, den das störrische Kultusministerium unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow vorgelegt hatte, mit großer Mehrheit zustimmten.

Das sind die Repräsentanten der geistlichen Blüte der Nation, die sich von Herrn Dernburg für seine Kolonialpolitik einfangen ließen.

Herr Dernburg phantasierte auch von der Unterbringung des deutschen Bevölkerungsüberschusses in den Kolonien, obgleich er so gut wie jeder von uns weiß, daß die Rahl der Deutschen, die in den Kolonien dauernd leben kann, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung

Deutschlands eine winzige ist und wir auf absehbare Zeit überhaupt keine Ueberbevölkerung haben werden.

Wir haben in Deutschland nicht zu viel, sondern zu wenig arbeitsfähige Bevölkerung, wie die Hunderttausende ausländischer Arbeiter zeigen, die unsere „patriotischen“ Unternehmer mit der Absicht in Deutschland einzuführen, sie als Lohnbrücker zu verwenden, wozu nächstens noch die von den ostelbischen Agrariern ersehnten Kulis kommen werden.

Im Jahre 1881, als Deutschland erst 48 1/4 Millionen Einwohner zählte, wanderten 210547 Deutsche ins Ausland. 1905, als Deutschland 60 000 000 Einwohner zählte, war die Zahl der Auswanderer nur noch 28 075, von denen 26 005 nach den Vereinigten Staaten und ganze 57 nach dem großen Afrika wanderten, von dem unsere Hauptkolonie, das Ernburgsche Dorado, einen Teil bildet.

Wäre, wie Herr Dernburg behauptet, in Deutschland Ueberbevölkerung vorhanden, dann hätten, an der Auswanderung von 1881 gemessen, im Jahre 1906 nicht 28 075 sondern mindestens 270 000 Personen auswandern müssen.

Wir haben in Deutschland noch über 4 Millionen Hektare Moor- und Unland, das mit Aufwendung entsprechender Mittel in Acker- und Gartenland verwandelt werden könnte, auf dem 400 000 Bauernfamilien mit à 10 Hektare Land — 40 Morgen oder 40 000 Ackerbau-Gemeinschaften à 100 Hektare Land angegliedert werden könnten. Und das Reich würde hierbei keine Aufwendungsstellen bei Keller und Pfennig und mit Zins zuwiderstattet erhalten.

So begegnen wir in dieser Agitation Widersprüchen über Widersprüchen, was aber auch die 1600 Angehörige der Berliner Bank- und Handelswelt, vor denen Herr Dernburg vor einigen Tagen seiner Phantasie die Zügel schießen ließ, nicht abhielt, in Jubelstürme auszubrechen, obgleich auch diese Herren, die Tausende von Millionen Kapital hinter sich haben, sich hielten, einen Teil ihrer Millionen für die Dernburgsche Kolonialpolitik zur Verfügung zu stellen. Keiner kritisierte, aber keiner unterstützte auch mit seinem Gelde die Dernburgschen Pläne.

Parteigenossen! Benutzt die Spanne Zeit bis zum Wahltag, um solche Vorgänge, die die stark an Demagogie grenzen, zu brandmarken und den Wählern die ganze Fohlsicht solcher Schilderungen zu zeigen.

Aristokratie, Bankokratie und industrielle und handelsreibende Bourgeoisie vereinigen sich, um ihren Todfeind, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen! Doch sie werden mit uns nicht fertig. Aber daß diese Schichten, in deren Taschen hauptsächlich die 80 000 Millionen Mark geflossen sind, um die, nach Dernburg, das deutsche Volk in den letzten 20 Jahren reicher geworden sei, sich bereit erklären, einen größeren Teil der gewaltigen Opfer in Form direkter Steuern zu tragen, davon hört man kein Wort. Statt dessen haben sie durch ihre Vertreter im Reichstag diese Opfer in Form von indirekten Steuern und Zöllen auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Masse auferlegt. Diese Vertreter der fatten Jugend und zahlungsfähigen Moral sthen auf ihren Milliarden und verlangen, daß das arbeitende Volk auch weiter hauptsächlich die Opfer trage, die ihre Militär-, Kolonial- und Flottenpolitik ihm auferlegt.

Parteigenossen! Bringt es den Massen immer wieder ins Gedächtnis: es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht bloß um die Kolonialpolitik und erhöhte Ausgaben hierfür; es handelt sich auch um neue Militär- und Flotten- und namentlich auch um neue Steuer-vorlagen; es handelt sich weiter darum, daß die Politik der Fleisch- und Lebensmittelvertenerung Trumpf bleibt, daß die nichtagrarische Bevölkerung zugunsten der agrarischen geschädigt und geplündert wird; es handelt sich endlich um die Frage: ob dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahrecht erhalten bleiben soll oder nicht;

ob Deutschland fortfahren soll, durch seine reaktionäre innere Politik der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, und durch seine provokatörisehe Militär-, Flotten- und auswärtige Politik — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, um nicht zu sagen des Hasses, in der gesamten Kulturwelt zu sein.

Das alles sagt den Wählern, so lange ihr noch zu ihnen reden könnt! Am Wahltag aber heißt es für alle: An die Front!

Vorwärts die Massen zum Sturm!

Auf zum Sieg! Ein Hüben, ein Drüben nur gilt! Hoch die Partei!

Berlin, de 14. Januar 1907.

Der Parteivorstand.

Unmögliches und Mögliches.

Fordern wir Sozialdemokraten, daß einem sachlichwertigen, mit reichen Naturgütern und einem unerlöschlichen Fond von Arbeitskraft ausgestatteten Volke die Aufgabe zugewiesen wird, diese Reichtümer der Natur und der Arbeit vernünftig zu verwerten, den Lebensbedarf der Produktion, den die Gesamtheit schuf, auch dieser Gesamtheit zuzuwenden, dann läßt sich das Unmöglichste aller unter unerschöpflichen Abhängigkeiten vor dem wir, daß ein zivilisiertes Volk, das taufendjährige vordringende Kulturarbeit bestritten und leitet, vernünftig, zu nicht seine eigene politische und wirtschaftliche Lage befreit, so sind wir mühe umständlich, die alle Güter der Kultur zu verwerten wollen. Und wenn wir fordern, daß ein gebildetes Volk in gleichen Rechten und Pflichten sich demokratisch selbst regiere, so sind wir Weisheit, die an den taufendjährigen Weisheit des Reiches rüsten wollen.

Liebt aber ein deutscher Wahlkämpfer, der zufällig seit einigen Wochen Kolonialdirektor ist und Demburg heißt, aus seinem Büchlein einen Haufen durcheinander wirbelnder großer Zahlen vor und versichert, seine Plänen oder Wäntzen, die bisher Unmengen von Gut und Wohl eingesogen haben, würden sich, sofern die deutschen Bürger nur vernünftig wählen, in absehbarer Zeit in Paradiese verwandeln, die Deutschland von großen Teilen unabhängig machen von den Kulturstaaten, die zu deren als bisher Rohprodukte bezogen; wenn also ein Zehntel der Welt, das taufendjährige vordringende kulturelle Zukunftsauf zu schaffen, so wird das in Millionen von bürgerlichen Zeitungslässern nachgedruckt. Menschlich-kulturelle und natürliche Schätze zum Wohle der Menschheit zu organisieren, das heißt nicht eine schmerzliche Aufgabe, sondern eine halb lächerliche, halb gemeingefährliche Utopie. Aus Schutt und Geröll, aus Sand und Schlamm, aus Malaria und Typhus einen Zukunftstaat voll unermesslicher Reichtümer zu schaffen, das ist ein Kinderpiel, ist — Realpolitik!

In Wahrheit ein Kinderpiel, das nur beweist, daß in gewissen Kreisen auch einer zivilisierten Nation die Mutwunder, die Gauklerkünste, die Wäntzen-truden und die Wahlagerei immer noch mehr Anhängliche findet als Arbeit, Wissenschaft und Wahrheit. Die koloniale Gesundheitslei, die Herr Demburg mit unermüdlichem Eifer treibt, läßt nachgerade in das Gebiet des großen Unsiens. Bevor man diesem strebsamen Herrn, der aus gebrauchten Manuskripten in öffentlichen Versammlungen koloniale Zukunftsaussichten abliest, gestattet, sein Gemachte weiter zu treiben, sollte man von ihm, wie von jedem Theaterdirektor, die Hinterlegung einer Kaution verlangen, die dafür bürgt, daß der Herr Direktor seine Verpflichtungen erfüllt. Wir schlagen eine Beschlagnahme des Vermögens des Kolonialdirektors vor bis zu der Zeit, da sich auch nur ein Zehntel von dem erfüllt, was er verspricht.

Herr Demburg neulich vor Professoren und Räumern etwisch gepredigt, öffentlich geschmäht und in weltanschaulichen Kreisläufen die deutsche Grammatik und den deutschen Stil subversivitätskritisiert, so hat er am Sonnabend vor den Berliner kaiserlichen Kaufleuten kaufmännische Wünsche geäußert und Zukunftsbilder entworfen, die den Heiden der Treueordnung mit unerlöschlicher Eifer erfüllt erfüllen müssen. Man begreift eigentlich gar nicht, warum der Kolonialdirektor einen solchen geistigen Aufwand treibt. Voraussetzlich werden auch im nächsten Reichstag die Sozialdemokraten noch nicht die Mehrheit haben, und die bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrum denken gar nicht daran, die Kolonien aufzugeben, zumal seitdem sogar die Freimänner, die bereits die Forderung gegen die Kolonialpolitik hatten, sich in dem Augenblick zu ihr bekehrt haben, da man in prägnanter Sprache nicht nur glücklich alles ausgerichtet hat, was in den Kolonien und umgeben an nutzbarer Werte noch vorhanden war.

Das lächerliche Spiel kann, von der inneren Politik aus betrachtet, nur als Versuchung der Wähler angesehen werden. Unter dem Gesichtspunkt der internationalen Politik aber wird es gemeingefährlich. Man wird sich im Ausland nicht vorstellen können, daß gerade ein gerissener Kaufmann wie der ehemalige Bankdirektor, wirklich glaubt, daß aus den deutschen Kolonien jemals Schätze herauszuholen sein werden, die Deutschland jemals von den Bezug von Rohprodukten aus dem Ausland empfangen, und man wird daher vermuten, daß Herr Demburg zwar vorfichtig-gemein immer von Subversivität, Kamerun und Samoa spricht, daß er aber in Wahrheit ganz andere Kolonien, die Deutschland noch nicht hat, meinen muß. Die Argumente und die Berechnungen, die Herr Demburg am Sonnabend vor den Kaufleuten vorgelesen hat, hätten wohl einigen Sinn, wenn es sich etwa um die Erwerbung von Indien, Brasilien und Klein-Asien zumal handelte, nicht aber um Zukunftsmöglichkeiten bis herüber die Erde zu Kolonien. Und so soll man im Ausland, sofern man dort nicht die deutsche Nation für ein Volk von Ratten und Gaultieren halten will, den Glauben haben, daß Herr Demburg seine kolonialen Vorträge nicht um der lumpigen deutschen Kolonien wegen hält, sondern um das deutsche Volk für den Gebanten seiner Kolonialpolitik englischen Stils zu begeistern, d. h. für die Notwendigkeit, da alle wertvollen Kolonien in fremden Händen sind, sich solche zu erobern. Damit gibt die Demburgsche Propaganda der Welt das Ausland neue Nahrung und leitet die Stimmung, einen blutigen Entschuldigungskampf schon jetzt herbeizuführen, um sich nicht von den deutschen Weltpolitikern überlassen zu lassen. Die ganze Gesellschaft des Herrn Demburg zeigt sich schon darin, daß er mit Stolz feststellt — als ob das irgend etwas bedeutete —, daß Deutschland den britischsten Kolonialbesitz von allen Völkern hätte. Sollte Herr Demburg nicht das keine Japan mit seinen 417 000 Quadratkilometern Flächenraum wertvoller erscheinen als etwa der Kongostaat, der 2 252 000 Quadratkilometer umfaßt, oder ist Großbritanien mit 315 000 Quadratkilometern bedeutungsloser als Sibirien 12,5 Millionen Quadratkilometern? Vielleicht scheint auch Herr Demburg Frankreich mit 536 000 Quadratkilometern lange nicht so wichtig wie Siam mit 633 000 Quadratkilometern. Von der Schweiz mit lumpigen 41 000 Quadratkilometern in Verhältnis zu Belgien mit 435 000 Quadratkilometern ganz zu schweigen!

Herr Demburg behauptet, daß der deutsche Kolonialbesitz in absehbarer Zeit für die Umstellung von Deutschen in Betracht kommt, der heimischen Industrie einen Absatzmarkt gewähren, und für den Bezug von Rohprodukten, wie Baumwolle, Metalle, Petroleum, Kaffee, eine Rolle spielen wird. Dem einzigen Beweis, den Herr Demburg für die Möglichkeit hat, besteht darin, daß vorläufig gar nichts in den Kolonien vorhanden ist, auch in den 20 Jahren unseres Bestehens keine Entdeckung zu erkennen ist. Nach der Regel unserer Wahlpolitik aber ist der Unsiens, daß gar nichts da ist. Demnach genügt, daß Herr Demburg gegeben hat — es sind auch gründlich falsche Berechnungen darunter, so daß von den hundert Millionen deutschen Handels mit den afrikanischen Schatzgebie-

ten nichts aus die Exporte für kriegsige Unternehmen fällt, während in Wahrheit der ganze Wirtschaft der Industrie auf die Bedürfnisse des Kaufmanns zurückzuführen ist —, sichert schon an der einen Tatsache, daß Afrika auch einschließlich der reichen Gegenden überhaupt eine ganz geringe Rolle im Weltmarkt spielt. Deutsch-Afrika wohnt das Leben Anteil am Weltmarkt der Länder, der sogar noch im Laufe der Jahre gemindert ist. Er betrug nämlich in einzelnen Jahren schon 0,1 Prozent, ist aber im Jahre 1903 glücklicherweise auf 0,0 Prozent herabgesunken. Das 0,0 Prozent als Ausblick hat, 100 Prozent zu werden, ist bis zum 25. Januar nationale Religion. Deutschland selbst ohne die Kolonien ist an dem Weltmarkt der Welt mit 11,5 Prozent beteiligt, Großbritannien mit 18,1 Prozent, Frankreich mit 9,2 Prozent, die Vereinigten Staaten mit 10,1 Prozent. Selbst Britisch-Subsaharika aber, gewiß eine wertvolle Kolonie, ist nur mit 1,5 Prozent am Weltmarkt beteiligt, ganz Westafrika nur mit 0,5 Prozent und selbst Britisch-Indien nur mit 3,5 Prozent, während die kleinen Niederlande 7 Prozent Anteil am Weltmarkt haben. Ägyptens Anteil beträgt 0,8 Prozent, dagegen der der Schweiz 2,6 Prozent. Es zeigt sich, daß der ganze Weltmarkt nicht kolonialer Natur ist, sondern zwischen den großen selbständigen Industriestaaten im wesentlichen abläuft. Welche Tollheit, da jemand einreden zu wollen, daß die deutschen Sandwästen jemals irgend einen Bruchteil eines Prozents eines berechnbaren Anteils am Weltmarkt erbringen werden! Klugheitsweise hat Herr Demburg es diesmal unterlassen, auch die Möglichkeit auszumalen, daß Deutsch-Afrika einmal Getreide und Vieh exportieren werde. Schon die erste Erwähnung hat ja bei den nationalen Agrariern viel angefohlen. Es ist ja ganz klar, daß ein agrarisch organisierter Staat wie Deutschland überhaupt keine Kolonialpolitik treiben kann, selbst wenn es erstrebenswerte Kolonien hätte. In dem Augenblick, wo Deutschland fruchtbarere Kolonien hätte, würden die durch eine unüberwindliche Konkurrenz von Mutterlande abgelehrt werden, wie sie ja schon jetzt Zoll-Konflikte sind. Die Konventionen sind nämlich nur deshalb für die Kolonien, weil sie genau wissen, daß sie wertlos sind. Die Unkosten haben sie nicht zu tragen, dafür aber hat man vordringen, die in die Kolonien hineingeschickten Gütermittel der bestellten Klasse auch für die feudalen Kreise zu ergattern. Es ist kein Zufall, daß der einheimische Landwirtschaftsmittel zugleich Kolonial-Beisatz war. Auf diese Weise entschuldigend sich die Agrarier für ihre Zustimmung zu den ihnen im Grunde grassierenden Kolonien. Waren die Kolonien aber irgendwie von Bedeutung, so wäre ein agrarischer preußischer Landwirtschaftsmittel der natürlichen Todfeind einer solchen Kolonie. Welche! haben die Konventionen sogar noch geschickt, daß sich einmal brüden in Afrika ein bisheriges Landwirtschaftsentwickeln konnte, und darum haben sie Sorge getragen, daß mit Hunderten von Millionen auch die letzte Spur von Unkrautigkeit zerstört würde. Mit dem Subsaharischen Krieg haben sich die deutschen Agrarier die letzte Möglichkeit einer effektiven landwirtschaftlichen Konkurrenz vom Mutterlande abgeschafft, und Subsaharika ist nun eine einzige große Anbaugebiet, die Herr Demburg träumerrisch seine Riesenzahlen der Zukunft hinein schreiben kann.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 15. Januar 1907.

Wie man in Südwafrika „Kultur“ treibt.

Der Demburgische Nennmörder-Barnes Schlettwein, der für das Kaiserreich Wahlpropaganda treibt, veröffentlichte im Sommer 1904 eine Broschüre über den Herero-Krieg, in der es heißt:

Wir haben heute mit unserer Kolonialpolitik am Scheidewege stehen. Der einen Seite das Ziel: **Gesunder Egoismus** und praktisches Kolonialisieren, nach der anderen Seite: **Uebertriebene Menschlichkeit, vager Idealismus, unvernünftige Wohlwolligkeit.** Die Hereros müssen **zunächst befehllos gemacht werden**. . . das Volk muß nicht nur als solches unmöglich gemacht, sondern **ausgestoßen** auch alle, jedes Nationalgefühl wieder **erweckten Faktoren beseitigt werden**. Man muß den Herero jetzt zur Arbeit zwingen und zwar **zunächst zur Arbeit ohne Entschädigung**, nur für die Befähigung. . . Eine jahrelange **zwangsarbeit** ist nur eine gerechte Strafe und dabei die einzig richtige Erziehungs-methode.

Das Gefühl christlicher Nächstenliebe sowie die Notwendigkeit der durch die getriebenen Missionen **muß zunächst mit aller Energie zurückgewiesen werden.** Ungefähr zur selben Zeit, am 17. Juli 1904, hielt der protestantische Missionar D. J. J. in Darmstadt einen Vortrag über seine Erlebnisse in Südwafrika, in dem er sagte:

Vier Fünftel jedes Landes hat man den Herero abgenommen. . . Es ist doch empörend, wenn ein Offizier der deutschen Schutztruppe, Leutnant Jöbst, in bezug auf das Nachhören der Hereros, die Bundesmarsch, hat sagen können: **„Je eher sie sich auflösen, desto besser für uns.“** Und schließlich haben die Händler getrieben. Viel, fast verdrachte Herren, Abenteuerer, die in Europa nicht fertig werden konnten, haben sie die Kaufleute des leistungsmäßigsten Volkes gereizt und so zum Schuldenmachen verleitet, um es dann schändlich auszubenten. . . Konnte dann der leistungsmäßigste Schuldenmacher nicht bezahlen, so ging man einfach in seinen Straal und nahm ihm einige Dajen weg.

Durch solch frevelhaftes Treiben gereizt, hat schließlich das Hererovolk nichts anderes getan, als was Hermann der Gernsaker (der Kaiserer Germanians vom Joch der Römer) einstmalig auch getan hat.

Kommentar überflüssig. Beides bestätigt nur, wie recht wir haben.

Neuer Streit um Marokko.

Der deutsche Major v. Tschudi und der deutsche Rittmeister Wolff sind durch Vermittelung der deutschen Gesandtschaft in Marokko vom Sultan als Berater in militärischen Angelegenheiten an seinen Hof engagiert worden. Gegen dieses Vorgehen der deutschen Regierung hat das Reich der französischen Regierung, der Lemps Einspruch erhoben und es als im Widerspruch mit der Algeiras-Akte stehend bezeichnet. Zugleich wurde die Vermutung ausgeprochen, daß Herr v. Tschudi die Aufgabe habe, deutschen Firmen, besonders dem Hauke Krupp, marokkanische Staatsaufträge zuzuschicken. Ein solcher Auftrag würde den Artikeln 105 bis 119 der Algeiras-Akte widersprechen, die, um die Monopolstellung einer einzelnen Macht zu verhindern, die Vergabung der öffentlichen Arbeiten unter die Kontrolle der Signatarmächte stellen.

Die Nordd. Allg. Zeitung teilt nun mit, daß Major von Tschudi den deutschen Gesandten Dr. Rosen nach Frey begleitet habe und abdam vom Sultan als dessen Berater in etwa vorkommenden technischen Angelegenheiten engagiert worden sei.

Es sei möglich, daß er als solcher vom Sultan auch bei diesem nach Artikel 108 der Algeiras-Akte obliegenden Aufstellung der Listenheft und Pläne für die öffentlichen Arbeiten, die im Submissionsverfahren zu vergeben sind, herangezogen wird. Das Reich, sich seine Ratgeber für seine Entschlüsse frei zu wählen, behält dem Sultan als Souverän eines unabhängigen Landes unabweisbar. Ob Herr von Tschudi zugleich **etwa privatis** (!) von der Firma Krupp beauftragt sei, ist der Nordd. Allg. Zeitung, wie sie vorgibt, nicht bekannt. Der Rittmeister Wolff geht lediglich als Begleiter des Majors v. Tschudi nach Marokko.

Somit die Vertiefung der deutschen Regierung. Wir haben schon oft ausgeführt, daß es kaum einen vernünftigen, beherrschenden, an inneren reicheren diplomatischen Vertrag gibt, als den von Algeiras. Im Ruch der Auslegung haben auch Spanien und Frankreich durch die Entsendung ihrer Gesandten nach Tanger Gefährliches geleistet. Das soll durchaus nicht bestritten werden. Es ist aber nicht minder gewiß, daß die Entsendung der deutschen Offiziere und Kruppagenten nach Frey, gerade nach der Darstellung der Nordd. Allg. Zeitung eine rechtsverderbliche Umgehung des 6. Kapitels der Algeiras-Akte bedeutet. Die Norddeutsche gibt zu, daß Tschudi und Wolff vom deutschen Gesandten beim Sultan eingeführt worden sind, sie befreit nicht, daß sie aktive Offiziere der deutschen Armee sind und läßt die Frage offen, ob die beiden Herren nicht zugleich auch Geschäftsträger der Firma Krupp sind. Wenn die Listenheft und Pläne für ein Submissionsverfahren statt von einem nach allen Zeiten unabhängigen Staatsbeamten, dem von Agenten einer privatwirtschaftlichen Firma aufgestellt werden, so läßt sich leicht denken, wer zum Schluß den Zuschlag bekommt.

Es ist daher zu befürchten, daß die Verhandlungen des deutschen Regierungskollegiums den Streit um Marokko und die Auslegung der Algeiras-Akte auf neue wesentlich verschärfen werden.

Ein neuer Schwundbericht.

Um die weltpolitische Milliardenengung, volkswirtschaftlich zu vertiefen, haben dienstbestimmte preußische Finanzgelehrte die belarnte Prämienreihe erfinden. Man berechnet die Kosten des Militarismus und Marinismus auf den Kopf der Bevölkerung, stellt dieser Ziffer eine mehr oder minder willkürlich gefundene Ziffer des Durchschnittseinkommens gegenüber, und erntet sodann stammend, daß der Deutsche nur soviel Prozent seines Einkommens bronzeben müsse, um durch diese Versicherungsprämie seine ganze Existenz zu sichern, gleichwie der Hausgentilmer sich mit geringen Summen jährlich gegen Brandschaden versichert hält.

Eine nationalliberale Wahlbrochüre, die demnächst von der Durchhandlung der nationalliberalen Partei ausgegeben werden soll, unternimmt es nun, diese Prämienreihe sogar auch auf die Kolonialpolitik anzuwenden. Die Erwerbskosten der Kolonien, heißt es hier, sind ebenso wie die Kosten für den Ausbau der Flotte, die Prämie, gegen deren Zahlung uns der Weltmarkt seine Vorteile bietet. Man müsse Kolonien erwerben, um in der Welt jenen Respekt zu genießen, den sich am Weltmarkt in geschäftlicher Geltung ummertet. Der deutsche Außenhandel betrug im Jahre 1885 5,8 Milliarden, im Jahre 1906 aber 12,9 Milliarden, also hat Deutschland an den Kolonien „ein glänzendes Geschäft“ gemacht.

Seit 20 Jahren hat sich die Bevölkerung fast aller zivilisierten Staaten sehr stark vermehrt. Industrie und Handel haben sich kapitalistisch entwickelt, der Warenverkehr zwischen den Nationen hat einen starken Aufschwung genommen, an dem Deutschland nicht teilbeiligt ist. Unsere Nationen haben, sonst verachtet, dieger Aufschwung sei zurückzuführen auf die Vorträge und Tugenden der „germanischen Rasse“, ihren Fleiß, ihre Intelligenz, ihre Sparsamkeit, ihre Tüchtigkeit. Dagegen versichert die nationalliberale Wahlbrochüre, der deutsche Außenhandel habe um sieben Milliarden zugenommen, weil in Rußland in Subsaharika ein schwarzweiß-rot gestreiftes Schilderbau steht. In England, Frankreich, Amerika, Indien werden den deutschen Kaufmann seine Waren abgekauft, nicht etwa, weil sie gut und preiswert sind, sondern weil sich das Deutsche Reich durch seine geniale Kolonialpolitik, jenen Respekt in der Welt erworben hat, der sich am Weltmarkt in geschäftliche Geltung umsetzt. Nicht die geschäftliche Tüchtigkeit verhilft nach dieser Theorie Respekt, sondern der Respekt vor dem militärischen Schutze verhilft „geschäftliche Geltung.“ Und willst du nicht mein K und n sein, so schlag ich die den Schadel ein. Würde der deutsche Handelsreisende im Ausland statt die Güte seiner Musterkollektion anzupreisen, „geschäftliche Geltung“ durch Berufung auf die deutsche Weltpolitik zu erlangen suchen, so würde er keine Weine mehr brauchen, um über die Treppe hinaufzukommen.

Im übrigen enthält die nationale Wahlbrochüre, die sich „Kolonialpolitik, nicht Kolonialstabelle und Rebenregierung“ betitelt, kaum die Erwähnung des Reiches. Es wird angegeben, daß in den Kolonien „manches gefehlt worden“ ist, womit aber zunächst nicht die Kolonialverwaltung und Kolonialbesitzhaft, sondern die zu große „Wildheit und Vertrauenslosigkeit“ des Deutschen gegenüber den Hereros gemeint ist. Die parlamentarische Kritik, die an den Vorgehen in den Kolonien geübt wurde, wird als überflüssig hingestellt, weil der liebe Gott und die Regierung ohnehin alles zum besten wenden. „Keine Regierung“ heißt es dann an einer anderen Stelle, „kann nie geschehen lassen, daß in Kriegzeiten das Parlament sich in die Angelegenheiten der Kriegsführung mischt.“ Das Parlament braucht also nicht zu kritisieren, und muß jeden Mann und jeden Großen bewilligen: wer sich auf diesen Standpunkt stellt, misste eigentlich tonnenweise und eckweise Kraft für die Reichstagswahl für die Aufhebung des Reiches agieren.

Endlich etwas Erfreuliches aus unsern Kolonien. Unfern von den bösen Sozialdemokraten so arg verärrerten Kolonien ist großes Heil widerfahren. Dem Hauptmann Rinow, der im Wäntzen-Aufstand tätig war, ist vom Kaiser der erbliche Adel verliehen und seine Wohnung in Ulmbari in ein — Majorat umgewandelt worden. Hoffentlich veräußern nun alle Majoratsbesitzer in Deutschland ihre Fideikommissen und siedeln sich in Afrika an. Wir wollen ihnen gern die ganzen Kolonien schenken. Wehe aber nun dem Schwarzseher, der von unsern Kolonien etwas anderes als gutes spricht. Er wird gezeugen, nach Afrika auszuwandern und dort Majoratsbesitzer zu werden. Hurra, hurra, hurra!

Ehre, wem Ehre gebührt. Demburg ist eine nobelbediente, wenn auch unvernünftige Ordnung zuteil geworden: Der Berlin der Berliner Hausbesitzer hat ihn zu seinem Ehrenmitglied ernannt. Und das kam so: Den Zentrumsbüro, Schwäbeler bejeidnete in einer Wahlrede den Mann, der die

Wiederholungs hat, als den **Landrecht** des Reichs-
"Landes". In ihrer letzten Sitzung beschloß die Bundesversammlung, Herrn Bernburg zu seinem Ehrenmitglied zu ernennen. — Die Episode erinnert an die Geschichte, wie Bismarck Ehrenmitglied der Danziger Schützengilde wurde. Er hatte diese ehrenbaren Mitglieder der Danziger Kaufmannschaft mit den berühmten Worten (Sattler) verurteilt, und zum Dank dafür schütteten sie glühende Kohlen auf das Haupt des Reichslandesherrn, indem sie ihm ein Diplom mit der Ernennung zum Ehrenmitglied überreichten.

Zum Vorkurs. In Schneidemühl erhielt der Malermeister Geradenoff wegen Verleumdung des Lehrers Günther im Zusammenhang mit dem Schulstreit sechs Monate Gefängnis. — Der Hofkaplan Stanowski wurde wegen Aufregung zum Schulstreit, begangen in einer politischen Protestversammlung, zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Das böhmische Landgericht verurteilte den Redakteur Trodow vom Bohem wegen Verleumdung gegen § 110 des Strafgesetzbuchs (Verleumdung gegen die Staatsgewalt), begangen durch die Aufregung an die Eltern und Kinder, im Schulstreit zu verurteilen, zu 300 Mk. Geldstrafe. — Ebenfalls in Schubin wurde der langjährige Leibeserzieher beim Andrasank, Buchhalter der Kreispräsidial, Standesbeamte und Vorstand der katholischen Kirche, Formanowicz, seines Amtes entsetzt, weil er im Schulstreit agitatorisch tätig war. Er glaubt man damit die ganze Erregung aus der Welt schaffen zu können?

Auch der lange Winter. Der frühere Handelsminister, hat gegen Ergebung Strafantrag gestellt, weil letzterer in seiner auch von uns erwähnten Maßregelnrede behauptet, Minister v. Müller habe Verbindungen mit den blutdürstigen Landbesitzungsgeheulanten gehabt.

Wie es scheint, will man das Zentrum mit Gewalt in der Opposition behalten. Uns kann das schon recht sein.

Der selbstgeworbene Söder. Der Appell Bernhards mit dem Grüßen an den Deutschen Bonapartes hat den frummen Reichsboten, das Reptil Söders, noch verrückter gemacht als er ohnehin schon ist. Hat Bernhard den Staatsstreich nur angedeutet, so verlangt der Reichsbote nun mit bürren Worten die Ausführung des Staatsstreiches. Mit Empörung ruft er aus:

Denn nicht das geringste sittliche Recht steht auf Seiten der Schwärzen und roten Demokratie; das ganze Recht ist auf Seiten der Regierungen. Es ist eine schamlose Lüge, zu behaupten, daß das deutsche Volk unter einer beispiellosen Mißregierung zu leiden hätte; im Gegenteil, die Verhältnisse sind besser als je, Handel und Wandel blühen; der Wohlstand nimmt rasant zu; der Arbeiter findet in regelmäßiger Arbeit seinen Lohn. Wenn nun eine solche Agitation durch die Ausbreitung von Lügen diese gesunde Entwicklung fördern will: wenn Narren mit Gleichheitsparolen die Köpfe verwirren und Fanatiker durch Anwendung von Drohung und Zwang aller Art der Nation ihre Ideen zur Ausführung aufzwingen wollen, dann wird es sittliche Pflicht, diese Leute zu hindern. Um diese Verpflichtung kommen die verbündeten Regierungen nicht herum, vollziehen die kommenden Wahlen gegen sie ausfallen. Es ist nur gut, daß niemand von politischer Erziehung den Reichsboten ernst nimmt. Er ist ja bekanntlich schon lange von den Tönnis unter den politischen Zeitungen herabgelassen. Deshalb erregen auch seine Weisungen die höchste Heiterkeit, als die Willkürige Expektoration.

Ausland.

Deutsch. In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses sprach der Finanzminister über Geleitzentwürfe zugunsten der Staatsbediensteten etc. Die erste Vorlage verlangt einen Kredit von 20 Millionen Kronen für einmalige Zuwendungen im Jahre 1907, die zweite erfordert einen Mehraufwand von 13 Millionen für endgültige Maßnahmen zur Verrückung der verbleibenden Beamtenklassen mit Wirksamkeit von 1908 an. Einige Vorlagen der Regierung sind das Defizit des bis vor einer Woche namentlich von den Postbeamten geführten Kampfes vermittelte des passiven Widerstandes.

Frankreich. Der Minister hat einige sich über die Abschaffung der künftigen Kriegsgerichte in Friedenszeiten und über die Grundlage für die Organisation des Strafverfahrens. In der nächsten Sitzung wird der Vorwurf des Geleitzentwurfes vorliegen. Der Minister hat nach seiner dem Geleitzentwurf zustimmend die Aufhebung der Strafkompagnien an. Die Vorlage sieht die Einrichtung von Korrekzionsabteilungen vor, in welche Militärpersonen einzureihen sind, welche sich schwerer oder gewohnheitsmäßiger Vergehen gegen die Disziplin schuldig machen, nachdem alle Disziplinarmassnahmen gegen sie erschöpft sind. Die Abteilungen sollen ebenso wie die Zuchtanstalten organisiert werden und in Frankreich in Garnison stehen, außer den Abteilungen für die algerischen und kolonialen Truppen. — Als das wäre in unsern herrlichen deutschen Vaterlande auszuführen. Das verrietet die nationale Ehre.

Belgien. Ein antilittlerischer Vorwand hat auf der Straße von Saint Denis den jetzigen Major Dreyfus überfallen, ihn auf den Boden geworfen und das Kreuz der Ehrenlegion von der Brust gerissen. In Brüssel sind so die Antilittler überall groß. Das ist auch ihre einzige Größe.

Bulgarien. Es meißelt sich immer mehr im Balkan. Von einem entsetzlichen Massaker bulgarischer Banden gegen magyarische Gendarmen wird aus Csepelowa berichtet. Die anwesenden Bulgaren töteten sämtliche Häuser des Dorfes in Brand und saßen tollkühn zu, wie die Hirschen verbrannten. Diejenigen, die aus den Flammen entkamen, wurden niedergeschossen. Die ganze Bevölkerung des Dorfes, etwa 200 an der Zahl, wurde auf diese grausame Weise umgebracht. Die türkischen Behörden unternahmen nichts, um den Überfall zu verhindern, obwohl sie bereits früher Kenntnis von der Absicht der Bulgaren erhalten hatten.

Sina. Die Hungersnot nimmt immer unheimlichere Dimensionen an. Aus Shanghai wird gemeldet: Der Vertreter des ausländischen Komitees zur Linderung der Hungersnot in Sankt Petersburg berichtet, daß die Zahl der Häftlinge in den Lagern 450 000 beträgt. Überall sieht man Frauen und Kinder zur Nahrung Wurzeln und Gras ausgraben und Wälder und Zweige lösen. Ungeheuliche Laufen gehen am Hungersnot elend zugrunde. Die Regierung sieht sich angeblich außer Stande, der Hungersnot auch nur annähernd steuern zu können. Über für neue Militärs- und Schiffsausgaben hat man auch in Sina Geld. Es ist halt wie überall: Für das arme ausgehungerte Volk hat man nirgends etwas übrig. Das ist die beste aller Welten.

Aus den Nachbarländern.

Achtung, Militärpflichtige!

Die Anmeldungen für den Jahresschein haben in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar bei den Meldebüroen zu geschehen. Zu melden haben sich alle im Jahre 1887 Geborenen und diejenigen, welche noch keine definitive Entscheidung über ihre Militärverhältnisse erhalten haben. Unterlassung der Meldung wird mit 30 Mark Geldstrafe oder drei Tagen Haft bestraft.

Delitzsch, 13. Januar. Die Mitteilung der Militärpflichtigen findet diesmal, wie gewöhnlich, am 1. März in Eilenburg bis zum Erlösche der Tage vom 1. bis 6. März, in Delitzsch vom 7. bis 13. März in Aussicht genommen.

Wittenberg, 14. Jan. (Sig. Ver.) Aus dem Krankenhause. Schon seit längerer Zeit hätte man hier überhand nehmen über Unregelmäßigkeiten im Krankenhause. Jetzt endlich hat man einen Ausweg gefunden. Als ein Arbeiter vor einiger Zeit in das Krankenhaus aufgenommen wurde, bemerkte er bald, wie einer seiner Stubengenossen, ein seit 32 Wochen das Bett hütender Mann, vernachlässigt wurde. Ueber dem Bette des Kranken befand sich keine Wäsche, so daß die übrigen Kranken dem Mann Hilfe leisten mußten. Als nun ein anderer Arbeiter bereit war, demselben Hilfe zu leisten, kam es vor, daß der Kranke, der vollständig unfähig zu einer Bewegung ist, das Bett verunreinigte. Den Weiden, die ihrem Stubengenossen beizugehen waren, sagte der Wärter P.: „Die Brüder merken wir uns, wenn sie mal wieder kommen mit innerlichen Krankheiten! Denen werden wir das schon antun lassen!“

Die Arbeiter wehrten sich energig gegen derartige Mißhandlungen und wiesen auf die Veranschlagung d. 3. Kranken hin. Der Erfolg war, daß der bet. Kranke ein anderes Bett bekam, wofür er auch eine Glode zur Hand hatte.

Auf Zimmer 8. 3. lagen zwei Kranke und ein Kranke S u n n (S) zeigte heftig an demselben Geis. Mitternacht wurde den Kranken zu trinken bekommen! (S) Der Wächter sah noch weit mehr vorhanden.

Als die beiden Arbeiter wieder gesund waren und auf dem heimlichen Arbeitort II zu arbeiten anfangen wollten, wurden sie dort empfangen. Man sagte: „Ihr habt euch eigentlich im Krankenhaus gemacht! Kommt es nun, daß die Betriebsleitung so genau über die Vorgänge im Krankenhaus unterrichtet ist? Es zeugt jedenfalls nicht von einem großen Verständnis für soziale Verhältnisse, wenn man Arbeiter entläßt, die für Verbesserung der Zustände in Krankenhäusern eintreten.“

Eilenburg, 14. Januar. (Sig. Ver.) Wegen Maßregeln dieses Vertrauensmannes, vertrat beim Pfingstfesten-Beiziger Birkel von sechs dort beschäftigten Kollegen fünf die Kündigung ein. Die auswärtigen Kollegen mögen dies beachten.

Arnsdorf, 13. Jan. (Sig. Ver.) Geschorenen und Geschickte. Befehlsmäßig soll es nur einen Gott im Himmel geben. Es ist aber ein eckiges Schauspiel, wenn man sieht, wie sich in diesem Gemüde die Arbeiter auf der einen, die Arbeiter auf der andern Seite stellen. Kommt da irgend ein Mann, der einen der Arbeiter zum Arbeiter, um bei einem katholischen Kirche Geopater zu stehen. Der betreffende Arbeiter war mit seiner Familie aus verschiedenen Gründen zur katholischen Kirche übergetreten. Als nun die Frau zum Arbeiter kam, fuhr dieser sie an, wie sie sich unterhalten könne, bei einem katholischen Katholik zu stehen. Er meinte, doch kann sie vor Gott im Himmel nicht verantworten, und es würde uns (der Arbeiterfamilie) daher schlecht gehen! Auch eine Schwester des Täuschlings, die als Angehörige der katholischen Kirche einmal das hiesige Verbrechen begangen hatte, in der eben genannten Kirche das Abendmahl zu nehmen, wurde bitterlich ermahnt, je der katholischen Kirche nicht das Nicht zu lehren.

Wir meinen, daß die Arbeiter laudens befehle stehen können, wenn die Geistlichen sich gegen sie bekämpfen. Es kommt da manches an die Öffentlichkeit, was sonst niemand erzählen würde. Besser ist es aber für die Arbeiter, wenn sie überhaupt beiden Kirchen den Rücken zuwenden. Sie brauchen sich dann nicht mehr eckig. Ertragslos auszugehen.

Tauscha, 14. Januar. (Sig. Ver.) Zur Lage. Wie in anderen Orten, so gehen auch bei uns die Willen des Wahlkampfes sehr hoch und darum heißt es, alle Mann auf dem Volke. Wir haben uns jetzt mühsam ein Total erungen und nun gilt es, auch alles einzulegen, damit wir dasielle halten können. Es wird von einem Exterte erge gearbeitet, aber leider müssen wir feststellen, daß der Lagerhalter Hermann Giermer sich unserer Agitation nicht angeschlossen hat. Er meißelt sich dazu aufgefordert worden ist. Der Mann sagt sich, ich bin Geschäftsmann und verleihe, wo ich will. Er scheint aber nicht zu bedenken, durch wen er das geworden ist, was er ist. Sollte er nicht anders werden, sollte er nicht anders sein, so würde er nicht mehr eckig. Ertragslos auszugehen.

Waldau, 14. Januar. (C. B.) Der Sozialdemokratische Verein hält am Donnerstagabend in der Wohnung des Herrn Reichard eine Sitzung ab. Vorhanden waren die Genossen: erwidern, die am 25. Januar Wahlrecht leisten wollen. Der nicht in der Versammlung kommen kann, muß sich bis spätestens zum 19. Januar beim Genossen Starke melden, damit die Arbeit mit dem 25. rechtzeitig eingeleitet werden kann.

Sangerhausen, 14. Jan. (C. B.) Unangenehm ist die Drückung. Wegen Verurteilung der Fortbildungsschule durch seine Lehrlinge war der Gärtnermeister Meyer zu Sangerhausen in zweiter Instanz vom Landgericht Nordhausen auf Grund des Drückens, die Fortbildungsschule betreffend, zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht entschied für die Fortbildungsschule, daß der Gärtnermeister des Herrn Meyer der Fortbildungsschule unterliege, weil Anwesenheit nicht nur reine landwirtschaftliche Gärtner, sondern auch Handels- und Kunstgärtner betriebe und sich bei der Einleitung seines Betriebes kein Interesse hinsichtlich der Veranschlagung der jungen Leute machen ließ.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jedoch das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Drückens für die gewerbliche Fortbildungsschule zu Sangerhausen vom 8. Dezember 1898 sei formell unzulässig. Ein solches Drückens behrfe die Genehmigung des Drückens auszuführen. Diese liegt hier nur mit der Maßgabe vor, daß es den §§ 1 und 5 bestimmte Änderungen vorgenommen wurden. Mit anderen Worten, die Genehmigung sei

nach nicht erfolgt, sondern erst in Aussicht gestellt worden. Dies den Fall, daß die verlangten Änderungen erfolgten. Diese waren aber vorgenommen durch Beizung des Magistrats und der Stadtverordneten. Daß dies geschehen lie, ergebe aber die Veröffentlichung des Drückens und demzufolge auch die Freisprechung des Angeklagten.

Gewerkschaftliches.

Der deutsche Buchbinderverband kann, wie wir dem Bericht des Vorstandes entnehmen, das Jahr 1905 als ein recht erfolgreiches in Bezug auf seine Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder betrachten. Von 42 Lohnbewegungen, Streiks und Aushebungen mit 4401 Beteiligten erlitten 38 mit 2851 Beteiligten mit vollem, 3 mit 82 Beteiligten mit teilweisem und 11 mit 968 Beteiligten einen Arbeits-erfolg. Es wurden erungen für 1895 Personen eine Arbeitsverpflichtung von 339, 300 Stunden pro Jahr, d. i. durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Person und Woche und für 2566 Personen eine Lohnaufhebung von 235 820 Mk., oder pro Person durchschnittlich 1.77 Mk. pro Woche. Die Gesamtausgabe für alle Lohnbewegungen belief sich im Jahre 1905 auf 41 826 Mk. Inwieweit diese durch die erungen geführten Arbeiter bereits im ersten Jahre um mehr als das fünffache heringebracht.

Kampf auf der ganzen Linie scheint die Lösung der Sozialistischen zu sein. Denn auch der Leipziger Arbeitergewerkschaftsverband der Holzindustrie bezog die Kündigung des mit der Arbeiterorganisation vereinbarten, am 31. März ablaufenden Arbeitsvertrages. Ein längerer, durch Lokution veranlaßter Kampf scheint unermüdlich. Die Arbeiter werden den ihnen aufgezwungenen Kampf zu führen wissen.

Ausland der Heilsergelegen in Eilenburg (C. B.). 142 organisierte Heilsergelegen sind hier zum Teil ausgeheert und zum Teil wegen der Ausbreitung in den Ausland getreten. Es handelt sich, wie bei allen Aushebungen, in erster Linie um Anerkennung der Organisation. Die Geheilen fordern: 8tündige Arbeitszeit, 40 Pfg. pro Ueberstunden, Sonntagsarbeit nur in Notfällen, Verabreichung am Sonntag, und wegen der geringen minimalen und berechtigten Forderungen müssen die Geheilen erst freieren. Ein Beweis, wie rüchändig die Wurzelschichten noch sind.

Folgieiliges und Gerichtliches.

Ein wackerer christlicher Arbeiter. Auf der Zeche Jollen I in Dortmund sind ein verunglückter Bergarbeiter auf einer Zuckerkarte nach Hause geführt worden. Das heute die Dortmunder Arbeiterzeitung trifft, die der Besondere fühlte sich beleidigt und Genosse Franke erhielt eine Anzeige. Bei der Verhandlung trat nun der verunglückte Bergmann, ein wackerer „Christ“, als Zeuge für die Zeche auf. Er bestätigte die Zecheverurteilung, daß ihm nicht bloß ein Kranken-Transportwagen sondern sogar ein Aufschwinger zur Verfügung gestellt worden wäre; es sei aber sein eigener Wunsch gewesen, in der Schichtarte transportiert zu werden. Er habe die Schichtarte vorgezogen, weil dieser Transport nicht zu erschrecken auf seine Angehörigen wäre. Folgebemerkung haben die Bergleute gekämpft um eine menschliche Behandlung der Verunglückten, und da befehl dieser Mann — im „christlichen“ Gewandere organisiert — auf den Transport auf einer Schichtarte. Der Staatsanwalt hielt das Vergehen Franke für schwerer schwer und beantragte drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf 250 Mk. Geldstrafe.

Loch ein Verdant zu Eihners Prozeß. Genosse R. Albert in Breslau hatte vor einigen Monaten in Oslau eine Rede gehalten, in der er nach den in letzter Zeit so treffend geteuschelten „Mißgeschickungen“ der überwachenden Herren allerscham händischen Uninn geteilt haben sollte. Die Folge davon war ein sozialdemokratisches Ermittlungsverfahren gegen Albert, im Verlauf dessen der Angeklagte nachhinter, aber er ihm in den Mund gelegten traurigen Dummschicksagen nicht gelagt haben f o n n t e. Darauf forderte der Staatsanwalt Weidwath von Albert, ihm doch die Dispositionen zu jenem Vortrage mitzuteilen zu überlassen. Albert lehnte das trotz mehrfachen Verwehens eines Gehörmannes ab und erklärte dem Staatsanwalt in Brief, die Zweckmäßigkeit der Besondere als Berichterstatter vor Gericht zu illustrieren zu wollen. Daß dabei für die Herren Besondere bezüglich wenig Ruhm abfallen würde, muß schließlich auch der Staatsanwalt eingesehen haben, denn er teilte dem „Einder“ jetzt mit, daß er das Verfahren wegen Vergehens gegen § 131 des Strafgesetzbuchs (Verächtlichmachung von Staatsentscheidungen) eingestellt habe.

Genosse Edmund Fischer, der Redakteur des Ammen Teufels, wurde vom Amtsgericht Jittau wegen Verleumdung des Amtsstaatsanwaltes Dr. Lohm zu acht Wochen Gefängnis verurteilt.

Aus dem Reich.

Saarau. Die allmächtige Uniform. Hier wurde ein Schwebler verhaftet, der in Feldweibuniform verschiedene Gaunerien verübte. Auch in Lachen, Köln, Hamburg, Berlin und Ludenwohde hat der Verhaftete in Uniform seine Tätigkeiten entfaltet. Er heißt Ulrich Laßel und ist aus Pafel.

Stettin. Das Geheul als Geheul einer Bettel in Organen begann der 23. Februar d. hiesigen Winter infolge einer Wette Selbstmord, indem er sich vor den Augen seiner Freunde mit einem mit Wasser geladenen Gewehr in den Mund schoß. Sein Kopf wurde in Stücke gerissen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 15. Januar. Kommandes Oftern soll in Deutschland ein großer Anarchistenkongreß stattfinden, (?) an dem auch die anarcho-sozialistischen Gesellschaften teilnehmen sollen.

Hamburg, 15. Januar. Kolonialdirektor Bernburg wird, einer Einladung der hiesigen Handelsmannschaft folgend, einen Vortrag hierüber halten. Den muß er doch nun bald auswendig können.

Strasburg, 15. Januar. Unter starker Beteiligung der Bevölkerung wurden gestern die Ueberreste der Verunglückten in Giespoldsbahn beigelegt. Eine einzige Hülle, die sonst nur Raum für eine menschliche Leiche gehabt hätte, genigte zur Aufnahme der Wäde der 22 Opfer der Katastrophe.

Verantwortlicher Redakteur: Oscar Frölich in Halle.

Eduard Graf, Bettfedern, fert. Betten, Beste und billigste Bezugsquelle Marktplatz 11.

größtes Spezial-Geschäft am Platze. Versand nach ausserhalb. — Verpackung frei. — Fernsprecher 2952.

Zur Reichstagswahl.

Den Arbeiterwählern zur gef. Kenntnisnahme. Aus den beiden reaktionären der früheren Reichstagen, Preußen und Sachsen, weiß die Einmündelungsverhältnisse folgende Zahlen zu vergleichen, die dem Wähler am 5. Januar und 5. Februar zur Reichstagswahl dienen könnten und sollte. Von je hundert Personen in Preußen betragen 65 ein Einkommen von weniger als 900 M. Mark. Rinnu nach noch denselben Erwerbssituation und ihre Angehörigen hina, die ein Jahreseinkommen von 800 bis 1500 Mark haben, so ergibt sich, daß 88% Prozent oder von je 100 Einwohnern mehr als 88 ein Einkommen unter 1500 M. hatten, daß also sieben Achtel der Gesamtbevölkerung des Kaiser Reiches sind. Demgegenüber gab es in Preußen noch bei amtlichen Statistik von Jahre 1905 85 586 Familien, die pro Kopf ein Einkommen von etwa 15 000 Mark besaßen, 70 943 Familien, die ein solches von etwa 15 000 Mark besaßen, 14 874 Familien mit einem solchen von um 50 000 Mark und endlich 3859 Familien mit einem Jahreseinkommen von annähernd 250 000 M. Die 88 000 reichsten Leute in Preußen nehmen also jährlich 2500 Millionen Mark ein, während das Gesamteinkommen der 2 134 000 Familien mit 900 bis 1200 Mark nur 2200 Millionen Mark beträgt! Die Zahl der mehrfachen Millionen, also bereit, die mehr als 100 000 M. Jahreseinkommen hatten, betrug 1892 1659, 1905 2859. Die Zahl der Millionenäre mit einem Jahreseinkommen von mehr als einer Million ist in Preußen von 31 im Jahre 1892 auf 57 im Jahre 1905 gewachsen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in dem rein industriellen Königreich Sachsen. Dort hatten nach der amtlichen Statistik nicht weniger als 54,84 Prozent aller Einkommen nur ein Jahreseinkommen bis zu 800 M. Dazu kommen 31,79 Prozent, deren Jahreseinkommen sich zwischen 800 und 1600 M. bewegte, so daß also insgesamt 86,63 Prozent der Steuerzahler nur bis zu 1600 M. Einkommen hatten. Die Verhältnisse aber, die über mehr als 10 000 Mark Jahreseinkommen verfügten, betrug 0,85 Prozent.

Hierbei ist noch zu beachten, dass eine sehr reichliche Steuerlast, die hauptsächlich die Reichsrentenbesitzer über die Haupt keine Steuern zahlen, also in den letzten nicht berücksichtigt sind, und vor allem, daß gerade die reichsten Leute ihr Einkommen oft viel zu niedrig angeben und sich die Schätzung bei ihnen nur unvollkommen durchführen läßt. Immerhin sollen unsere Erachtens die angegebenen amtlichen Ermittlungen schon hinreichen, um den sieben Achten wenigstens einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand zu drücken. Denn daß nur in ganz vereinzelten Fällen das Einkommen dem wirklichen Verdienst entspricht — wenn man überhaupt eine verschiedene Einkommensgröße nach den Leistungen anerkennen will — dürfte im Grunde doch heutzutage kaum noch jemand glauben. Also ist die Ungleichheit eine ungewöhnliche Ungerechtigkeiten, die zu beiliegenden die Pflicht aller Willigen aber erst recht der gefährlichen Proletariat ist.

In ersten Wahlgang sofort für den Sozialdemokraten zu stimmen, beschließen die Demokraten in Mülhausen. Da nur ein Zentrumskandidat gegen unsere Genossen Gemmel kandidiert, muß die Wahl zeigen, ob die Demokraten eifriger sind als die Freijämiger.

Der Wahlgang rückt immer näher. Nur noch zehn Tage trennen uns von ihm. Was man heißig und beherztig gearbeitet hat, wo die Agitation von Mund zu Mund, von Person zu Person lebhaft betrieben worden und mit der Verteilung von Flugblättern reichlich und systematisch vorgegangen ist, wird man dem 25. Januar mit Zuversicht entgegensehen. Doch ist noch immer sehr viel zu tun. Es werden heftige Angriffe abzuwehren, neue Parteireisende zu gewinnen und Schwandene „scharf“ zu machen sein. Sodann ist jetzt das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß jeder Wahlberechtigten auch an die Urne gebracht werde. Man organisiere also die letzte Wahlarbeit. Man treffe namentlich auch Anstalten dafür, daß jeder Wähler rechtzeitig einen Stimmzettel erhält. Gängende Versammlungen, rednerische Erfolge sind zwar sehr schön und wünschenswert; allein die Hauptlast ist und bleibt die hingebende und unerschütterliche Kleinarbeit. Jedes Parteimitglied muß sich als Agitator fühlen und eine Ehre darin sehen, möglichst viele Wähler aufzuklären und der Wahlure zuzuführen. Diese Arbeit fruchtet nicht nur für den Tag der Wahl, sondern auch für die Zukunft, sie fruchtet die Organisation der Partei und ist für die nationale Sache ein lebendiger Organ.

Sie schreibt an hervorragender Stelle die Post. Noch wird mehr ist als das Gelingen auf unsere Parteigenossen zu, so daß zu hoffen ist, daß sie sich an dem von der Post Gefassten ein Beispiel nehmen und mit Anspannung aller Kräfte für die sozialdemokratischen Kandidaten tätig sind, denn nur wir Sozialdemokraten leisten für eine wahrhaft nationale Sache. Wir sind national im guten Sinne. Deshalb auf die Schanzen!

Weiße haben unter den gegnerischen Kandidaten Schein der Wohlstandes übrig und der Stadtpartei Klein in — Mannheim zu sein. Ersterer sagte: Die Sozialdemokratie hat sich — das muß zugegeben werden — der untern Volksschichten mit Wärme angenommen. Letzterer unterzog in einer Wählerversammlung die Sozialdemokratie einer ernsten Kritik, wobei er allerdings deren Verdienste um die Organisation, Schule usw. alle Ehre widerfahren ließ. So etwas gibt es natürlich bei und nicht. Da wird feste darauflos vertrieben.

Das Zentrum als „Wolfspartei“. Die Rheinprovinz zählt 33 Wahlkreise; in 32 davon hat das Zentrum Kandidaten aufgestellt. Unter diesen Kandidaten ist ein Priester, ein Graf und ein Freiherz, ferner 14 Juristen, darunter ein Landesobersteigerpräsident und vier Oberlandesgerichtsräte. Gesellschaft gibt es drei. Als Vertreter der Arbeiter sind drei Kandidaten, die Arbeitervereine Ostpreußen, Branau und Neuchâteau, vorhanden. Nun sind 61 Prozent der Bevölkerung der Rheinprovinz in der Industrie tätig, von den 6% Millionen Einwohnern kommen mindestens drei Millionen auf die Fabrikarbeiter. Für die Vertretung der Hälfte der arbeitenden Bevölkerung bewilligt das Zentrum drei Kandidaten

unter 32 — ebenso viele, wie Vertreter des Adels, der bestenfalls einige hundert Familien zählt. Und wo hat man die Arbeiterkandidaten aufgestellt? Neuchâteau in Solingen, für das Zentrum völlig ausbleibt; Branau in Solingen, einen Wahlkreis, den das Zentrum nie besetzen hat und nie besetzen wird; Sieberts in Effen, das nur mit Mühe in der letzten Wahl gegen die Sozialdemokratie behauptet wurde und voraussichtlich diesmal schon endgültig der roten Fraktion einerseits. Mit anderen Worten: den Bringen, Grafen und Oberlandesgerichtsräten gibt das Zentrum die sicheren, den Arbeiterkandidaten die ausbleibenden und unsicheren Wahlkreise. So bemüht sich das Zentrum auch hier wieder als die glorievolle „Wolfspartei“!

Freijämiger Gefinnungsstumperei. Die in Insterburg erscheinende freijämiger Ostpreußische Volkszeitung erteilt ihren Gefinnungsgegenfönden folgenden Ratssatz: „Da, wo Gefahr besteht, daß ein Genosse oder ein Zentrumsmann gewählt wird, wird der Freijämiger die unter allen Umständen verhindern müssen durch, daß er bei eigener Ausschließlichkeit selbst dem nationalgefühnten Reaktionär zum Siege verhilft.“

„Einer kann der Freijämiger nicht helfen. Und solche Gesellschaft sollen Arbeiter noch Heresfolge leisten? Ungläublich!“

Mit ihrem Ratein zu Ende sind die bürgerlichen Parteien. Da alle Verleumdungen und Verdrehungen, selbst die vom Angerverband fabrikmäßig hergestellten, nicht mehr zehren, will man jetzt die sogenannte lokale Wochenschrift Wilhelm II. vom 18. November d. J. als Flugblatt verbreiten und glaubt damit die Arbeiter fangen zu können. Man wird sich darin aber erst recht täuschen. Denn ihr eigenes Genie, das dem Arbeiter eine ganz andere Sprache als ein Stück bedrucktes Papier mit Worten, Worten, Worten.

Ein richtiger Wohlthätigkeit gab im zweiten Hamburger Wahlkreis Anlaß zur Erörterung der Verarmung. Nach dem Referat des Genossen Diez verlor sich einer der Redner in deutschnationalen Handlungsgeschäftsverbänden, die in aufdringlicher, geschmackloser Nachäfferung der Reiterleitungsartikeln mehr Zimp füllten, als ein Madchen der Reichsverbandstages. Als ihm von einem Diskussionsredner gerade heimgeleuchtet wurde, machte dies das Herzchen so nervös, daß es sich nach der — Ah! Ah! — Selbsttätigkeit dieses — Ah! — Herrn erlaubte. Unter dem stürmischen Gelächter der Versammlung zog der Proletariat im Ziehtragen ab.

Genossenschaft aus dieser ersten Zeit. In Widdern im Großherzogtum Baden haben bei einer Zusammenkunft 14 Familienräte, die in dem glücklichen (oder unglücklichen) Besitz von 100 lebenden Kindern sind, beschlossen, nur demjenigen Reichstagskandidaten ihre Stimme zu geben, der dem Beispiel Frankreichs folgend dafür eintritt, daß jedem deutschen reich mit Kindern gesegneten Familienrat eine Prämie zu gebilligt wird.

Der Arbeiterverband arbeitet im Verein mit den Behörden im Wahlkreis Eichenach mit Hochdruck für den Antikristen Schatz, der trotzdem allerdings wenig Aussicht haben dürfte, selbst in die Stichwahl zu kommen. Man läßt nur dort alle Kräfte frei entfalten in Gemeinheiten, Lügen, Verdrehungen. Doch daß ist man von Antikristen gewöhnt.

In die Tabakarbeiter Deutschlands!

Im weiteren Verlauf des und vom vorjährigen Tabakarbeiterkongress gewordenen Auftrages hatten wir es für absolut notwendig, angehend der am 25. Januar dieses Jahres stattfindenden Reichstagswahl uns an sämtliche Tabakarbeiter Deutschlands zu wenden.

Der am 13. Dezember aufgeführte Reichstag hat der Tabakarbeiter durch das im Monat Mai vorigen Jahres angenommene Zigarettensteuer-Gesetz eine große Belastung auferlegt, die, wie nachgewiesen, katastrophale Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte und der weiteren Einführung der Waischen in der Zigarettenindustrie Tür und Tor öffnete, obgleich die Regierung glaubte, durch pflichtige, nie vorher gekannte herablose Ausweisung von Ausländern dieser Arbeitslosigkeit steuern zu können.

Gegen diese Belastung der Tabakarbeiter haben im besessenen Reichstage nur die Sozialdemokraten und Freijämiger nebst einigen Polen gekämpft. Vom neuen Reichstage hat die Tabakarbeiter bei dem sich fortwährend gewaltiger steigenden Selbstbedürfnis des Reiches das allergeringste zu erwarten. Nicht nur, daß das Zigarettensteuergesetz sehr leicht eine Handhabe bieten kann zur Ausdehnung erhaltener Steuererhebung auch auf die Zigarettenindustrie; je nach der Zusammenlegung des neuen Reichstages haben wir auch zu erwarten, daß die Reichstagsmitglieder mit ihren allen, bis jetzt noch abgesehenen Zweckplänen: Preisträger, Erhöhung des Tabakpreises und Verdrängen der billigeren erfinden und dann vielleicht noch größeres Glück als bisher haben wird.

Da die Tabakarbeiter Deutschlands die größte Verärgerung heget müssen, je nach der Zusammenlegung des neuen Reichstages in erster Linie eine weitere Verschärfung ihrer elenden, kranzigen Lage durch ihn bewirkt zu sehen, so halten wir es für unsere Pflicht, darzu mahnen, daß auch die Tabakarbeiter mit zu denjenigen Wählern gehören, die ihr Schicksal bei den kommenden Wahlen in der Hand haben. Jeder Tabakarbeiter ist verpflichtet, im weitestgehenden Interesse sich an der Wahl zu beteiligen und nur bei Ungelegenheit seine Stimme zu geben, der ihm zuzustimmen erscheint, jeber neuen Belastung des Tabakpreises freit entgegenzutreten. Als vollständig gewürdigt erscheint uns nach ihren Entschlossenheiten die Reaktion der Sozialdemokratie; nur sie gibt uns die Möglichkeit, daß bei gegen die weitere Belastung der Waischen eintritt. Immer haben bei der Abstimmung über das Zigarettensteuergesetz im vorletzten Reichstage auch die Freijämiger, wie schon oben erwähnt, ebenfalls dagegen gekämpft; aber nur bürg: uns dafür, daß sie neuen Tabakarbeiterkongress der Regierung ebenso ihre Zustimmung verweigern würden? Jed, wo sie Regierungspartei gemöchten und der Regierung entgegen zu kommen bereit wären, müßten sie ihr konsequenterweise auch alle ihre Forderungen bewilligen, die zur Fortführung dieser ihrer Verdrängen, Waischen und Sozialpolitik dem Reichstag vorgelegt werden.

Tabakarbeiter Deutschlands! Aus dem oben Gesagten geht doch zur Genüge hervor, daß wir einmütig in

diesem Wahlkampf unsere Stellung einnehmen haben. Jetzt ist der Augenblick gekommen, der erfüllt sein will und sämtliche Tabakarbeiter auf dem Posten finden muß. Alle Kräfte, alle sonstigen Maßnahmen durch Agitation, Versammlungen können den Wert nicht beeinträchtigen, den der jetzige Augenblick für uns hat. Sind die Wähler gefolgt und kommt die Regierung mit neuen Tabaksteuern, so kann das Klagen und Jammen darüber sehr leicht zu spät kommen.

Darum Tabakarbeiter, haben wir in diesem Wahlkampf unsere Lage und die Lage unserer Familie ins Auge zu fassen, und demgemäß können wir unsere Stimme nur abgeben für die Vertreter des Proletariats, für die Sozialdemokratie. In den Reihen dieser Partei befindet sich niemand, der für agrarische, gütewirtschaftliche und freijämiger Politik zu haben ist. Für diese Politik haben in erster Linie Konserervative, Nationalliberalen, Zentrum und Christlichen gekämpft; auch haben diese Parteien aus das Zigarettensteuergesetz begehrt. Für diese Parteien darf kein Tabakarbeiter eintreten, denn das wäre so gut wie Selbstmord. Jeder Tabakarbeiter prüft doch in erster Linie am eigenen Leibe die verheerenden Wirkungen der Zoll- und Steuerpolitik, der Zigarettensteuer, der dadurch hervorgerufenen Unterernährung bei völlig unzureichenden Löhnen, die jeder Verdrängung spüren. Tabakarbeiter! Auf zur Wahl! Niemand darf fehlen! Jeder hat seine Stimme abzugeben für die Vertreter der Arbeit, des Proletariats, der Sozialdemokratie. Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands, J. M.: B. Boerner. Karl Wutz.

NB. In Nr. 20 des Tabakarbeiter vom 20. Mai 1906 ist die Abstimmungsliste des Reichstages abgedruckt. Was derselben zu entnehmen, wer für und wer gegen das Zigarettensteuergesetz gestimmt hat.

Zur Wahlbewegung im Reg.-Bez. Merseburg.

Salz und der Saalkreis.

Der Halleische Wahlkreis und die Saalabtreiber.

In dem Bericht von der Vösjen Verarmung der Gegner, in welchen auch unsere Parteigenossen das Wort nahmen, liest man in der Halleischen Zeitung:

Hieraus spricht wieder ein Sozialdemokrat, Herr Friedrich Roeder. Die erfreulichste Mitteilung, welche er macht, ist die, daß in Vösjen den Sozialdemokraten die Säle abgetrieben worden und ihnen deshalb die Möglichkeit genommen sei, Versammlungen abzuhalten. Wir können nur wünschen, daß überall die Entwurfs zu verfahren möchten.

In dieser Weise führt die bürgerliche Gesellschaft den Kampf mit „günstigen Waffen“. Erinnert sei bei dieser Gelegenheit an einen Ausspruch des Reichstagslers Bülow, wie dieser die Saalabtreiber bemerzte. Er sagte:

„In den schaffigen Kampfmitteln gehört auch die feiner Verdrängung. Es ist vorzuziehen, daß derartige Ungehörigkeiten bei den zu freier Neutralität verpflichteten amtlichen Stellen in keiner Weise auf Billigung zu rechnen haben würden.“

Wie das Bürgertrum in Proris arbeitet, zeigt das Vösjen Beispiel.

Um aber ein Gegenstück hierzu zu geben, sei auf folgende Tatsache hingewiesen. Der Stadtrat von Aue (nicht das bei Zeit. Rev. v. Volkst.) gg. Dr. Freijämiger, erkläre in den Auer Blättern folgende Bekanntmachung: „Im Interesse der betroffenen Reichstagswähler erlauben wir die Sozialwähler, ihre Säle für diese Zeit allen Parteien zu Wähler-Versammlungen zur Verfügung zu stellen.“

Man sieht, daß Theorie und Praxis zwei ganz verschiedene Dinge sind. Die Arbeiter werden sich die Offenherzigkeit der Gegner bei der Vösjen Saalabtreiber merken. Am 25. Januar kommt die Dultung.

Eine perfide Taktik

der Sozialdemokraten ist es nach dem Bericht der Halleischen Zeitung über die gegnerische Versammlung in Vösjen, wenn sich jemand erlaubt, an den Reichstagskandidaten Schmidt die Frage zu richten, wie er zu dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zum Reichstag, Landtag und zur Kommune, sowie für Frauen und männliche Personen über 20 Jahre steht. Das Blatt schreibt:

Der „Genosse“ Hoffmann stellte sodann in der öffentlichen Sitzung ein paar Hundert stützende bürgerlichen Parteien zu werben, einige Fragen über Wahlsache, Qualitäten usw. an Herrn Schmidt, die dieser nicht ohne im freijämiger Sinne beantwortete. Wichtigkeit in den Reihen der nationalen Wähler wird die Sozialdemokratie durch eine derartig perfide Taktik in keiner Weise erregt. Denn der ganze Wahlkreis hat von vornherein gewußt, daß Herr Schmidt ein Genossenschaftsangehöriger ist und seinen Kandidat nicht främmt. Erwünscht sei von vornherein, daß Herr Schmidt in Verantwortung dieser Fragen erkläre: Gezüglich des Reichstagswahlrechts trete er für Beibehaltung des gegenwärtigen ein, im Landtage hätte auch er den beabsichtigten Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts mit unterzeichnet, das Wahlalter wolle er nicht herabsetzen und über das Brauenwahlrecht sowie über die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Kommunen (schweig er sich aus. Die alte Geschichte: Wo Freijämiger in der Wälderzeit sind, treten sie mit Enthusiasmus für ein anderes Wahlrecht ein, wo sie die Macht haben (in den Kommunen) sind sie für Verbesserungen nicht zu haben, sondern treten, wie in Hamburg (wo nur Liberale herrschen) für Verschlechterungen ein. Das ist freijämiger Taktik. Eine perfide Taktik aber ist es, einen Freijämiger nach seiner Gefinnung zu fragen. Das ist aber niederrichtig.

Die gefrige BelleVue-Versammlung.

In welcher Genosse Fritz Ebert-Berlin sprach, war wiederum ausgenommen beizut. Ein erstes Bedenke dafür, mit welcher Begeisterung die Halleische Arbeiterzeitung in dem Wahlkampf tritt. Auch zahlreiche Angehörige bürgerlicher Massen waren anwesend. Genosse Ebert kennzeichnet unter großem Beifall namentlich den Demagogischen Jahreswandel, den die Saal-Bez. gebantenlos nachplappert, und die wackelige Haltung

der Freimissionen kolonialen und sozialen Fragen gegenüber. Als zur Auflösung des Reichstags hätten sie sich entschieden gegen diese Kolonialpolitik gewandt, für die sie sich jetzt fast umbringen müßten. Trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden Generalen Vogt unternahm sich kein Gegner zur Diskussion. Sie scheinen gegen zu haben. Genosse Wolf schloß mit einigen kräftigen Worten zur ferneren tatsächlichen Agitation die Versammlung.

Zur Agitation im Saalfreife

Bei der letzten Flugblattverbreitung in Oppin trafen einige Agitationskolonnen bei Ulrich in Braunschweig zusammen, wo zuerst die Krankenliste der Maurer ihr Ziel hat. Es hatten sich auch eine ganze Anzahl Verbandskolonnen der Maurer dort eingefunden, wobei über verschiedene örtliche Verhältnisse, wie Saalfraße u. m., diskutiert wurde. Alle Anwesenden gelobten sich, nicht eher zu ruhen, bis uns hier ein Saal zur Verfügung steht. Schließlich ließen sich acht Kollegen in den Sozialdemokratischen Verein aufnehmen. Gewiß ein erfreuliches Resultat von einem Dorfe! Es geht auch hier vorwärts trotz allem!

Ein Förderer der nationalen Sache

Ichent auch der Vorfall Runk in Rölling zu sein, denn er laute in dieser Hinsicht bei einem Sommer, welchen der Fabrikdirektor Ottens der Fabrikfeuerwehr und dem dortigen Kreisverein gab, unter anderem auch folgendes: Sie nämlich die Feuerwehr und Streiter sollten nicht nur bei Feiern und freiem Rauchen Curra schreiben, sondern sie sollten draußen im gegebenen Falle auch national handeln. Gemeint war damit die Reichstagswahl.

Auch die Studenten

wollen sich an der Wahlarbeit beteiligen. Natürlich an der bürgerlichen. Nach der Saale-Zeitung habe der löse Verband nichtprofessioneller Korporationen an der Universität Halle-Wittenberg befohlen, durch die Mitglieder seiner Korporationen am Wahltage für die Wahl Schmidts mit tätig zu sein und klüme die Wähler heranzuziehen.

Für die Arbeiter kann die Tatsache, daß die Bürgerlichen alle Gruppen für sich mobil machen, nur ein Ansporn dazu sein, daß sie sich am Wahltage und zur Agitation zu diesen letzten Tagen der Partei zur Verfügung stellen. Alle Bemühungen unserer Gegner werden fruchtlos bleiben, wenn die Proletarier auf dem Boden sind.

Sachsenländische Wahlpoche.

Die Halle'sche Zeitung, unsere gute Stütze, bringt folgendes "Gedicht", dessen Sinn eben so dunkel ist, wie seine Metrik. Nur um zu zeigen, wie fürchterlich es in manchen Köpfen des Halle'schen Mittelmaßes ausgehen muß, zitieren wir es:

Den rüstigen Imperator erfind
(In kategorischen nicht von Raub)
Im Falle der Führer wohlbesamt.
Sein Name mochte nicht: "Euch's das Land (Au),
Den Boden, wo alles zusammen sich fand
Was zwischen den Kreislern Brüdern stand,
Nur wiedergehalten mit nerviger Hand!"
So lehrte er sie fassen und füllen zum Rand
Die Preisen ein Stück auf's Vaterland
Dem Treuen ein Stück mit Herz und mit Hand,
Der selbstlos die andern zusammengepant!
Weshin nun gütlich verbrach dies auf "and"
Ein alter Gallier, versorgen auf's Land.

Selbst widerstandsfähige Naturen müssen hier von Baumgimmen befallen werden.

Zeit-Feinsens-Naumberg.

Eine neue Flunke der Sommer-Beute.
Seit Wochen werden die Blätter des Herrn Sommer nicht müde, zu versichern, ihr Schilling schätze nur um deswillen die Sozialdemokraten von seinen Verammlungen aus und lasse nur um deswillen seine wirtschaftliche Debatte zu, weil die Sozialdemokraten zu "sch" seien und "Armenjungen" aufwären würden. Nun ist das an sich schon eine freche Finte. Jeder weiß, daß die sozialdemokratischen Arbeiter musterhafte Kasse zu halten verstehen, solange sie es nicht mit Regeln sondern mit anständigen Gegnern zu tun haben. Bisher konnte man jedoch annehmen, Sommer und seine Leute glaubten wenigstens an den von ihnen verbreiteten Schwindel. Jetzt ist auch dieser letzte Milderungsgrund gefallen. Sie wissen vielmehr, daß sie flunkern: sie wissen auch, warum sie flunkern. In einem Gespräch, dessen Teilnehmer genannt werden können, wurde die Frage aufgeworfen, ob denn die Taktik Sommers, im Wahlkampf die Diskussion auszuschieben, die richtige sei; besser ist es doch, Sommer leuchte den in die Debatte tretenden Sozialdemokraten gehörig heim, und daß die roten sich unpaßend benehmen würden, könne doch aus den gemachten Erfahrungen nicht gefolgert werden. Da erklärte ein anderer Sommer-Mann: "Aber das wissen wir sehr wohl! Die Sozialdemokraten würden uns ihre geschickten Redner auf den Hals schicken. Aber denken Sie doch nur, wenn einer die Frage stellt, wie Sommer zur Grenzübertragung recht hat. Ent w d er muß er die Grenzübertragung billigen: dann hätte er die Arbeiter vor den Kopf. Oder er muß für die Aufhebung der Grenzübertragung sein; dann schadet er sich bei den Agrarern. Aber beide zu rauchen wir, deshalb dürfen wir keine Diskussion zulassen."

Es ist also bewußte Lüge, wenn die Sommer-Blätter einen andern Grund für Ausschluß der Diskussion angeben, als die bloße Angst, der Stimmenkampf könne misslingen. Wer freiwillig weiß, daß Leute wie M. Seiler und J. Wallbaum im Sommer-Komitee sitzen, wird sich nicht mehr wundern. Aber Sommer ist selbst mit an der Flunke beteiligt. Er hat in Naumburg direkt die Diskussion mit seinem Gegenkandidaten betweigert und zwar in einer Sommerverammlung und gleich am ersten Tage eines Wählerzuges, als er noch nichts von angeblich "rohem Feinsens" der Sozialdemokratie wissen konnte. Sommer und seine Leute sind wirklich einander wert.

Der unumgängliche Christian in der Rlemme.

In der Sonntagsummer seiner Mittels-Volks-Zig. läßt Christian Lehner eine schmerzliche "Erklärung" los, in der er mitteilt, es sei ihm "von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht", daß er für Sommer "Stimmung gemacht" habe, daß seine Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie "zur jetzigen Zeit nicht angebracht" sei und "nicht für ein Organ passe, das den Standpunkt der Neutralität vertritt". Lehner erwidert darauf, es sei ihm von seiner Preskominmission (?) zur Aufgabe gemacht worden, diese Stellung einzunehmen, weil die Gewerbetreier des Kreises die Kandidatur Sommers unterstützen würden. Das geschähe, weil Ziele "ein ausgeprägter Gewerbetreierkreis" ist, der in Hunderten von Fällen sich als Feind der Gewerbetreier erwiesen habe.

Ohne Hinterer vom Christian nicht bestehen. Das rühet her von seiner Unmündigkeit. Ziele ist selbstverständlich ein scharfer Gegner der Gewerbetreier-Organisation, weil sie den Arbeitern nicht das bietet, was sie in ihrem Kampfe gegen das Kapital brauchen. Aber er ist nicht verächtlicher Feind der Gewerbetreier. Als dieser in Halle bei den Stadtverordneten um Einführung der Proportionalwahlen bei den Gewerbetreierstimmen petitionierten, ist Ziele vielmehr für die Petition eingetreten und hatte dabei sogar den Widerstand mehrerer Freimissionen zu besiegen. Ziele tat das, obwohl er wußte, daß bei Einführung des Propors unseiner Gewerbetreier, die jetzt alle Arbeiterbezieher zum Gewerbetreier stellen, einige Mandate verloren gehen müßten. So sieht der "Gewerbetreierfreier" Ziele aus. Aber das braucht ja ein Christian nicht zu wissen!

Auf den Reichsverband gekommen.

Jetzt ist Wuben-Sommer jagar bis auf den Reichsverband heruntergekommen. Ein Angestellter des Verleumdungsverbandes, Herr Meeres aus Berlin, sprich am heutigen Dienstag in Rilmünningen und Neuenhagen. Wer Hilfe von dieser Seite in Anspruch nimmt, erklärt damit seinen moralischen und politischen Bankrott.

Das sieht nicht mehr.

Nach vor unanzug, zum Teil noch vor zehn Jahren, wickte es auf weite Arbeiterfreie wie ein mächtiger Magnet, wenn unter einem Wahlauftritt die Namen von hochstehenden Personen sich befanden. "Wenn der ihn empfiehlt, kannst du ihn schon wählen", dachten viele. Jetzt strich der Wind anders. Sieht ein Arbeiter oder Handwerker, daß der Rittergutsbesitzer, der Fabrikherr, der Bergwerksdirektor, der Bürgermeister oder wer gerade der höchste Vorgesetzte ist, für eine Wahl sich engagiert, so geht er hin und wagt - den andern. Aehnlich wirkt es, wenn in diesen Tagen die Naumburger Ortsgruppe des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie die Namen derer bekannt gibt, die Geld zur Sommer-Wahl beisteuern. In der letzten Wite finden sich u. a. als Spender verzeichnet ein "Vogelzäger", Bohne (weiß der Himmel, was dies für geschmacklose Ziele bedeuten), ein "Schneider", mehrere Professoren, höhere Militärs, Hilfsarbeiter, auch einige "güldige" Frauen, und der unheimliche Prof. Schöls, dieser mit zehn Mark. Der Direktor Aktien von der Röhner Aktien-Gesellschaft für Kaltsteinverwertung markiert mit 100 Mark auf. Insgesamt wird in 52 Posten über rund 400 Mk. quittiert. - Jeder der Namen wird die Arbeiter abschreden, den Spuren der Spender zu folgen, und diese Listungen erweisen sich somit indirekt als vorzügliches Agitationsmittel für die Sozialdemokratie.

Wie ungewöhnlich stark der Zubruch zu unsern Verammlungen ist, zeigte sich u. a. am Sonntag abend in Leuzern. Es mochten 1100 Personen den Saal und die Galerien füllen, darunter viele, die politisch bisher nicht auf unserm Boden gestanden haben.

In Taucha bei Hohennitschen spricht in einer zweiten öffentlichen Wählerversammlung Genosse Jiez-Damburg. Jeder Genosse arbeitete tüchtig für starken Besuch; auch die Frauen sollen recht zahlreich in der Versammlung erscheinen. Die Zeit ist zum Glück vorbei, wo die Frauen glauben, Politik gebe sie nichts an.

Wie gearbeitet wird.

Der Ortsvorsteher Schlegel in Siedrau hat den alten Kriegsveteranen gesagt, sie sollen lieber nicht wählen; denn wenn sie wählen, so müßten ihnen der Landrat die entsprechenden Rechte entziehen. Das ist selbstverständlich durchwegs unbegründet. Die Veteranenbiliste kann niemandem entzogen werden. Aber fürchtet man vielleicht, die alten, meist schon in Sorge und Jugend lebenden Veteranen könnten sozialdemokratisch wählen? Gar mancher der alten Veteranen mag allerdings erfahren haben, wie sehr sich Genosse Ziele in der Petitionskommission des Reichstages jederzeit der Veteranen angenommen hat und wie manchen heißen Strauß er deshalb mit Regierungskommissaren durchschneiden mußte. Die Veteranen sollen sich also nicht durchmachen lassen. Sie haben so gut das Wahlrecht wie jeder andere. Und die Wahl ist frei und geheim. Sie brauchen niemandem auf die Nase zu binden, wenn sie ihre Stimme gegeben haben. Mögen unsere Genossen die alten Veteranen darüber aufklären.

Feldisch-Bitterfeld.

Die Wahl agitation unserer Gegners

seht mit aller Macht ein. Bei der Kürze der Zeit, die ihnen noch zur Verfügung steht, wird dieselbe doch wenig in die Massen bringen können. Wenn das gesehen sollte, dann hätten sie seit der letzten Wahl in ständiger Fühlung mit ihren Wählern bleiben müssen, wie wir es getan haben. So aber organisiert man sich 14 Tage vor der Wahl, sucht dabei allerlei Gegenstände unter eigenem Hut zu bringen und flagt dann über die gute Arbeit der Sozialdemokraten, die man dem Bürgertum als Mutter hingestellt hat.

Trotz der dreimal beschworenen Einigkeit der Liberalen wird es den Leuten sehr schlecht zu Mute. Erklärte doch selbst Dr. Schulze, der Führer der Feldischer Nationalliberalen, in einer Versammlung, wo Pastor Bötsche die Kandidatur Polts empfahl, daß er und seine Parteireunde die Kandidatur unterstützen, aber mit der Begründung verfahren sei er nicht einverstanden. Wir Sozialdemokraten können schon viel beitragen, aber das kam uns doch etwas zu stark vor. Und wenn Herr Volke der Mann gewesen wäre, als das ihn die Liberalen empfehlen, so hätte er ihnen die Tür gewiesen.

Die Taktik, die unsere Gegner einschlagen, hat sich frey, bei den Liberalen geändert. Während dieselben bei der vorigen Wahl uns im weitesten Maße Redefreiheit gewährten, wollen sie es diesmal nach Halle dem und Weissenfelser Respekt versuchen. Durch große Inzertate wird bekannt gemacht, daß keine Sozialdemokraten zu ihren Versammlungen Zutritt haben. So geschähe es letzten Sonntagabend in Delitzsch, wo Pastor Bötsche für die Kandidatur Polts sprach. Nach Gröffnung der Versammlung wurde aufgefordert, die anwesenden Sozialdemokraten sollten den Saal verlassen. Kein Mensch rückte sich von der Stelle, denn da kennt man unsere Leute schlecht. Als Bötsche zu Ende war, glaubte der Vorsitzende zur Diskussion aufzufordern zu können, weil er annahm, daß der Saal "rein von roten" wäre. Aber o Schreck! die Genossen Münger, Wiedemann, Brause und sogar ein Anarchist erschienen auf der Bildfläche und nach kurzem Vortragsreden erhielt jeder mit Zustimmung der Versammlung 15 Minuten Redezeit, die dann auch ausgenutzt wurden. Die Kontervativten gehen jetzt auch auf die Defier, um ihren Bauermeister vorzutellen. So war es am Freitag in Groß-Krotzig, wo die Gen. Wiedemann und Münger anwesend waren. Diskussion wurde nicht zugelassen, nur Fragestellung. Und als das von uns benutzt wurde, war es auch damit vorbei. Als Begleitmannschaft reist diesmal für Bauermeister nicht Rosen-

thal wie vor drei Jahren, sondern Dr. Blesner, Kreistierarzt und Leiter des Grundbesitzer-Bauernvereins. Wenn Rosenthal immer noch eine Rede vom Stoppel laden konnte, die für seine Umgebung paßte, so fand die Warden, die Dr. Blesner diesmal angunigen der Kandidatur Bauermeisters erzählt, doch gefinde gelang, etwas zu "sach". - Große Angst hat der Herr, der beim letzten Tage hat er allen Grund, denn er scheint erfahren zu haben, daß wenn es los geht, bei ihm zuerst angefangen wird. Die Genossen wissen nämlich, daß es bei Blesner nicht wenig zu teilen ist.

Das sind u ungefähr die Waffen, mit denen man uns belämpt. Besslicher Gestebsarmut hat man allerdings Ursache nur in geschlossener Gesellschaft zu tagen. Noch ein Vorkommnis ist erwähnt, um zu zeigen, wie man auch die Kinder über die Wichtigkeit der Wahl aufzuklären sucht. In der ersten Mädchenklasse der Volksschule zu Delitzsch gibt der Rektor Gähler Unterricht und erzählt, daß es bald Reichstagswahl gebe. Um diesem Kreise seien drei Parteien. Er schildert dann die Parteien. Von den Sozialdemokraten sagt er, daß seien solche, die an seinen Gott glauben, seinen König haben wollten und auch ihr Vaterland nicht liebten! Was will Herr Gähler mit solchen Erzählungen bezwecken? Hat er seine Meinung, daß er mit solchem Unterricht das gegen die Eltern oder gegen sich selbst in das Herz manches Kindes senkt? Söchen Unterricht müßten wir uns verbeten haben. Wenn sich der Herr Rektor die Saal um Schulart frei machen will, soll er's auf andere Art tun!

Die Partei der Kommerzienräte, gewöhnlich Nationalliberalen genannt, sucht Mitglieder für ihren Wahlverein, der jetzt in Bitterfeld entstehen soll. In dem diesbezüglichen Aufrufe behauptet sie, sie sei eine schöpferische Tätigkeit emanieren zu haben. Auch will sie stets bemüht gewesen sein, Erreichbares zu schaffen. Ehrenhafte Männer aller Stände, Berufe und jeder Religion können gegen einen Mindestbeitrag von jährlich einer Mark Mitglied werden.

Es ist vielleicht für manche, besonders für Arbeiter, interessant, zu wissen, wie die "schöpferische Tätigkeit" der Herren Großindustriellen, Großkaufleute u. i. m. aussieht. Das Sozialistengesetz hatten die Arbeiter in erster Linie den Nationalliberalen zu verdanken. Die Umkehrvorgabe von 1893 fand die eifrige Unterstützung der Nationalliberalen solange, als sie sich gegen die Sozialdemokratie richtete. Der Zuzug aus vortage von 1899 fanden sie sympathisch gegenüber. Dem allgemeinen, gleichen Wahlsrecht sind sie, trotz ihrer jetzigen Verprechungen, sehr feindselig. Die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre (1887) ist ihnen mit zu verdanken. Die Stellungnahme einzelner nationalliberaler Abgeordneter (Gemeinl. Büßing), so wie der nationalliberalen Fraktion im Landtage beweist ferner, daß sie Feinde des Wahlrechts sind.

Militär-, Flotten- und Kolonialforderungen werden von ihnen unbesonnen befragt. Die Beute des Kolonialkriegs teilen sie mit den Kontervativten. Die neuen Steuern sind zum großen Teil der Initiative der Nationalliberalen entsprungen. Ihre Stellung zum Volksschulgesetz ist noch genügend bekannt.

Das ist vorläufig eine Blütenside des "Streikbrosers", der "schöpferischen Tätigkeit" der Reichsliberalen. Eine solche Partei verlangt nun, daß Arbeiter ihren Vereinen beitreten und den von ihnen unterstützten Kandidaten wählen sollen!

Mersburg-Querfurt.

In der Lage im Wahlkreise. Der Wahlkampf wird mit jedem Tage heftiger. In den Orten, in denen uns Güte zur Verfügung stehen, legen unsere Wahlvereinigungen Zeugnis ab von der Begeisterung der Proletarier, die im ganzen Wahlkreise mit Einschluß der ländlichen Arbeiterschaft besteht. Herr Landrat a. D. Winkler, der bisherige Abgeordnete, ist vor wenigen Tagen mit einem Flugblatt auf dem Plane erschienen, das gestern durch ein im ganzen Kreise verbreitetes sozialdemokratisches Flugblatt prompt beantwortet wurde. Ein drittes sozialdemokratisches Flugblatt, sowie ein Sonderabdruck der Wahlrede, die Weber in Leipzig gehalten hat, wird nächsten Sonntag wiederum im ganzen Kreise verbreitet werden, bei welcher Gelegenheit auch zugleich die Stimmgelte für den sozialdemokratischen Kandidaten zur Ausgabe gelangen werden. Trotz der Unbillen der Witterung und der geringen Bevölkerung der Dörfer, die den Wahlkreis bilden, ist die entbehrlichen Wahllokale zu verzeichnen.

Im ganzen Kreise Querfurt haben wir für öffentliche Versammlungen auch nicht ein einziges Lokal. Die irdischen und himmlischen Gedanken arbeiten sich bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie manker in die Hände. Der Reichsliberaler, der in der Schloß des dortigen Katholiken mit unsern Kandidaten Polender und dem Genossen Müller-Mersburg diskutierte und am Ende feinstauerte, daß bei der Stimmung der zahlreich anwesenden Gäste eine weizene Erwiderung von seiner Seite doch wohl gerechtfertigt sei, hat seine Niederlage plötzlich zu einem "Erfolge" für sich umgewandelt, den er nun in der Kreisalltagspresse und den übrigen ortsnahen breiten Papieren veröffentlichen läßt. Und die irdischen Gedanken sind im höheren Auftrage tätig, solche Verprechungen als unangenehme Verammlungen zu charakterisieren, für deren Duldung die Gastwirte empfindliche Strafen zu gewärtigen hätten. Diese fürsorgliche Liebesmilde hat aber nicht überall Erfolg; in Reinsdorf bei Schaffstädt fand eine solche fremdenartige Verprechung statt, ohne daß der von Anfang an anwesende Genard in der Lage war, sie zu verzeichnen. Auf fruchtbarsten Boden war die Einschüchterung bei dem Genoffen in Corbeiba bei Ammendorf gefallen, der das Politisieren und das Sprechen am Beispiel über die Reichstagswahl einfach nicht dulde, worauf die zahlreich anwesenden Gäste sich auf einige Stuhl setzten.

Die "Freimissionen" oder "Liberalen", die jetzt für ihren Kandidaten, Graf, einem Gutsbesitzer, der über 47 Morgen Land und einige hunderttausend Marker ausgebreitete Kapitalien verfügt, agitieren, sind auch ein ganz besonderer Menschenschlag. Seit ihnen in Langförth Genosse Haber-Mersburg und in Schaffstädt Genosse Polender entgegenzutreten, können sie der Diskussion mit den Sozialdemokraten keinerlei Geschma mehr abgewinnen. Sie erklären einfach, die von ihnen einberufenen öffentlichen Versammlungen seien nicht dazu da, sozialdemokratische Wahrheiten zu halten. Auch nur von einer beschränkten Redefreiheit ist in den "freimissionen" Verammlungen keine Rede mehr. In Freyburg, wo letzten Sonntag die freimissionen Versammlung hielten, wurde die Anfrage des Genossen Amber, wie es mit der Redefreiheit stehe, zurückgewiesen, und Genosse Rednagel mit einer Strafverfolgung wegen d a u s s e r e n d s b r u c h in der Fall bedroht, daß er die "freimissionen" Versammlungen nicht unter sich lasse. Darauf vertieften unsere Genossen natürlich die assistive Stille, und der Bauermeister Schmidt verpöste dann ungehört die ganze Sozialdemokratie.

